dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 13 **3. April 2014**

aktuell

Inhalt

Tarifeinigung öffentlicher Dienst 2014 – Russ: Zentrale Gewerkschaftsforderungen durchgesetzt+++
dbb jugend zur Tarifeinigung: Einkommensplus top, Übernahmezusage-Flop+++
Beamtenpensionen: dbb kritisiert „Meinungsmache“+++
Benra: Übertragung der Rentenreform auf Beamte ist Gerechtigkeitsfrage+++
dbb Vize Hollmann: Kooperationen in der Bildung ermöglichen+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften zum Tarifergebnis+++
Mehr Urlaub für Beamtinnen und Beamte in Thüringen+++
Sachsen-Anhalt: dbb rechnet mit Zunahme der Konkurrentenklagen+++
Beratung über Fachkräftegewinnung: BBW trifft Präsidenten des Landkreistags+++
Tarifverhandlungen: Deutsche Telekom hat Warnschuss offenbar verstanden+++
Bundesfinanzministerium verspricht ausreichend Personal für Mindestlohnkontrollen+++
KEG zur Kinderbetreuung: Qualität statt Masse+++
Klimawandel: BDF fordert Schutz der Wälder+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Tarifeinigung öffentlicher Dienst 2014 – Russ: Zentrale Gewerkschaftsforderungen durchgesetzt

(dbb) „Reale Einkommenszuwächse für alle und eine wirksame soziale Komponente: Wir haben viel erreicht, mehr als viele anfangs für möglich gehalten haben." Willi Russ, der dbb-Verhandlungsführer, hat die Tarifeinigung der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen am 1. April 2014 in Potsdam als wichtigen Erfolg gewertet.

Beeindruckende Warnstreiks und konstruktive Verhandlungsrunden sind Kennzeichen dieser Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst gewesen. Russ: „Das hohe Tempo hat uns dabei nicht geschadet, im Gegenteil. Alle wussten von Anfang an, was auf dem Spiel steht. Kompliment an die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die mit ihren Warnstreiks und Demonstrationen den nötigen Einigungsdruck aufgebaut haben. Das hat uns hier in Potsdam sehr geholfen."

Die Linearerhöhung von 3,0 Prozent in 2014 und 2,4 Prozent 2015 bringen reale Einkommenszuwächse für alle Beschäftigten. Zudem, so Russ weiter „führt der tabellenwirksame Mindestbetrag von 90 Euro zu einer überdurchschnittlichen Gehaltserhöhung bei den unteren Einkommensgruppen von bis zu 7,6 Prozent (in EG2) und ist damit eine echte soziale Komponente. Für den Straßenwärter mit 2.400 Euro brutto zum Beispiel oder eine Erzieherin mit 2.700 Euro monatlich zu spürbaren Verbesserungen zu kommen, war eine zentrale Forderung der Gewerkschaften."

Gleichzeitig begrüßte der dbb Verhandlungsführer die Ankündigung des Bundesinnenministers, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten des Bundes übertragen zu wollen. Russ: „Erst dann ist die Einkommensrunde 2014 für den öffentlichen Dienst endgültig abgeschlossen. Genau wie die Arbeitnehmer haben die Beamten und Versorgungsempfänger einen legitimen Anspruch auf Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das ist angemessen, gerecht und notwendig!

Weitere Informationen zum Ergebnis der Einkommensrunde, wie etwa das Einigungspapier sowie vorläufige Entgelttabellen, finden Sie auf der dbb-Sonderseite zur Einkommensrunde 2014 unter:
http://www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2014/
(01/13/14)

dbb jugend zur Tarifeinigung: Einkommensplus top, Übernahmezusage-Flop

(dbb) Die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe hat die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen am 1. April 2014 in Potsdam als „Kompromiss mit Licht und Schatten" bewertet. „Es gibt reale Einkommenszuwächse für alle und eine wirksame soziale Komponente, also insgesamt ein Plus von über 6 Prozent für die Beschäftigten in den kommenden zwei Jahren. Das ist ein toller Verhandlungserfolg", so Kothe.

Sichtbar enttäuscht zeigte sich die dbb jugend-Chefin angesichts der Verweigerung von Bund und Kommunen, mit der unbefristeten Übernahme der Azubis „endlich verlässliche Perspektiven für den dringend benötigten Nachwuchs aufzuzeigen. Mit diesem Flop haben sich die Arbeitgeber selbst ins Knie geschossen – wer meint, im öffentlichen Dienst ohne gut qualifizierte Nachwuchskräfte auskommen zu können, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt", kritisierte Kothe und kündigte an, dass „wir weiter für verbindliche Übernahmezusagen kämpfen werden". Mit ihrer beeindruckenden Präsenz bei den Warnstreiks und Protesten in den vergangenen Wochen hätten die jungen Beschäftigten gezeigt, dass sie Druck machen könnten.
(02/13/14)

Beamtenpensionen: dbb kritisiert „Meinungsmache“

(dbb) Auf scharfe Kritik ist die aktuelle Berichterstattung der „Bild"-Zeitung zum Thema Beamtenpensionen (Ausgabe vom 31. März 2014) beim dbb beamtenbund und tarifunion gestoßen. In einem Brief an den verantwortlichen Redakteur äußert Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, sein Befremden über dessen Kommentar und Berichterstattung unter der Überschrift „Beamtenpensionen steigen 22-mal so stark wie Renten" und „Geld wächst nicht auf Bäumen!" Der dbb-Vize legt dar, dass die dort getroffenen Aussagen im Ergebnis nicht zutreffen und eine tendenziöse und bewusst wahrheitsverzerrende Wirkung entfalten.

„Die für ein einziges Jahr herausgegriffene (Vergleichs-)Gruppe der Ruhegehaltsempfänger des Bundes umfasst 5,3 Prozent (!) der deutschen Beamtinnen und Beamten im Ruhestand. Deren Bruttobezüge haben sich in den vergangenen 20 Jahren nicht wesentlich besser entwickelt als die Renten (1993 - 2013: VersorgungsempfängerInnen Bund + 32 Prozent/ RentnerInnen + 26 Prozent); die Entwicklung bei den Versorgungsempfängern der Länder ist dagegen überwiegend schlechter. Darüber hinaus sind die vorgenommenen Bruttovergleiche generell nicht aussagekräftig, da die Beamtenversorgung nahezu vollumfänglich versteuert wird, während die Renten für sich genommen überwiegend steuerfrei ausgezahlt werden. Neben den Steuern vermindern sich bei Ruhegehaltsempfängern des Bundes die auszuzahlenden Bezüge um die Beiträge zur beihilfekonformen Kranken- und Pflegeversicherung sowie um einen separaten Abzug für Pflegeleistungen. Bei Berücksichtigung allein dieser Umstände kann von einer plakativen, 22-mal so starken Entwicklung der Ruhegehälter gegenüber den Renten, welche zudem auch auf Laufbahngruppenverlagerungen innerhalb der Bestands der Versorgungsempfänger beruht, nicht die Rede sein. Dies bestätigt auch ein Prüfbericht des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahr 2012 zur Entwicklung der Ruhegehälter im Vergleich zu den Renten und stellt einen relativen Gleichklang beider Alterssicherungssysteme seit dem Jahr 2003 fest", schreibt Benra.

Noch deutlicher formuliert Benra in punkto Kommentar der „Bild", der „bewusst und gewollt auf eine ungerechtfertigte Beeinflussung der Leserinnen und Leser" ziele und damit eine Meinungsbildung bewirke, „die sich gegen die deutsche Beamtenschaft und die Institution des Berufsbeamtentums zu richten vermag und die ohnehin vorhandenen Vorurteile noch verstärkt. Dies wird meines Erachtens den Maßstäben an einen verantwortungsvollen Journalismus keinesfalls gerecht, verunglimpft zuvörderst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und ist am Ende geeignet, einen Keil in die deutsche Gesellschaft zu treiben und sozialen Unfrieden zu säen", so der dbb-Vize. Nicht minder kritikwürdig sei es, dass die Berufsgruppe der heutigen Pensionärinnen und Pensionäre ins Abseits gestellt und dabei völlig unerwähnt gelassen werde, „welche Leistungen diese Kolleginnen und Kollegen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland oder auch der Herstellung der Einheit Deutschlands 1990 erbracht haben. Wäre Ihre Vorgehensweise der Skandalisierung maßstabsbildend für die künftige Auseinandersetzung um berechtigte Ansprüche der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland, hätten wir demnächst nicht nur mehr soziale Rücksichtslosigkeit und Kälte, sondern auch ein inakzeptables Maß an Respektlosigkeit gegenüber jeder Gruppe von Menschen, die sich von der großen Masse in irgendeinem Punkt unterscheiden. Die Folgen für die weitere gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland wären verheerend", heißt es in dem Schreiben Benras.
(03/13/14)

Benra: Übertragung der Rentenreform auf Beamte ist Gerechtigkeitsfrage

(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra hat sich am 2. April 2014 auf Phoenix dafür ausgesprochen, die Grundsicherungssysteme der Altersversorgung in Deutschland zu stärken: „Wir sind trotz aller Möglichkeiten zur privaten Vorsorge

auf die Systemsicherung bei Rente und Beamtenversorgung angewiesen. Wir haben da gar keine Alternative."

Benra, der auch dbb-Fachvorstand für Beamtenpolitik ist, verwies in der Diskussionssendung „Phoenix-Runde" darauf, dass beide Systeme aus guten Gründen getrennt seien: „Das eigenständige System der Beamtenversorgung ist aus guten Gründen verfassungsrechtlich geschützt. Die immer wieder erhobene Forderung nach Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung ist völlig unrealistisch. Schon deshalb, weil das zwingend eine drastische Erhöhung der Aktivenbezüge bei den Beamten zur Folge hätte, um die fälligen Sozialabgaben aufbringen zu können. Die Dienstherren sollten und werden diesen Weg nicht gehen."

Bei der finanziellen Absicherung der Beamtenversorgung seien die Gebietskörperschaften in der Pflicht, so Benra. „Statt gebildete Rücklagen zur Haushaltssanierung zu verfrühstücken, sollten sie lieber nachhaltige Vorsorge betreiben. Der Pensionseintritt eines Beamten kommt ja wahrlich nicht überraschend." Mit Bezug auf die Diskussion um die abschlagsfreie Rente ab 63 erläuterte der dbb-Vize nochmal die grundsätzliche Position des dbb: „Ohne die anstehende Rentenreform als solche politisch bewerten zu wollen, bleibt festzustellen: Auf die Beamtenschaft sind alle Kürzungen und Reformen der letzten Jahrzehnte wirkungsgleich übertragen worden. Wenn jetzt die Rente mit 63 kommt, macht es überhaupt keinen Sinn, eine Berufsgruppe herauszunehmen. Was sollte denn hierfür die Begründung sein?" Bei beiden Maßnahmen, der Rente mit 63 wie der „Mütterrente", erwarte der dbb von der Politik eine Übertragung auf den Beamtenbereich: „Das ist für uns eine Gerechtigkeitsfrage."
(04/13/14)

dbb Vize Hollmann: Kooperationen in der Bildung ermöglichen

(dbb) Anlässlich der Beratung eines Oppositionsantrages im Deutschen Bundestag zum Thema Kooperationsverbot in der Bildung am 3. April 2014 spricht sich die stellvertretende Bundesvorsitzende Astrid Hollmann für eine direkte Beteiligungsmöglichkeit des Bundes an der Finanzierung von Bildungsaufgaben aus.

„Der deutsche Bildungsföderalismus kann seine Stärken nur entfalten, wenn Chancengerechtigkeit, Wettbewerb, Transparenz und Vergleichbarkeit auf entsprechenden finanziellen Füßen steht. Nur so kann die freiwillige Koordination und Kooperation verbessert werden", so die für Bildung zuständige dbb Vize. Länder und Kommunen könnten die Finanzierung der Bildungsaufgaben nicht allein meistern, deswegen dürfe der Bund nicht aus seiner gesamtstaatlichen Verantwortung entlassen werden.

„Es ist ja nicht verkehrt, dass sich Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, die Länder und Gemeinden in den kommenden vier Jahren pauschal um einen Betrag in Höhe von sechs Milliarden Euro zu entlasten, damit diese ihre Aufgaben bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen können – aber kommt das Geld auch in den Bildungseinrichtungen an?", fragt Hollmann. Einfacher und transparenter wäre es, dem Bund – im Einvernehmen mit den Ländern – eine direkte finanzielle Beteiligung an den Bildungsausgaben zu ermöglichen. „Die Große Koalition ist aufgefordert, ihren verfassungsändernden Gestaltungsspielraum zu nutzen und für die Zukunftsaufgabe Bildung eine breitere Finanzierungsbasis zu schaffen."
(05/13/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften zum Tarifergebnis

(dbb) Das Tarifergebnis für die Beschäftigten von Bund und Kommunen vom 1. April 2014 wurde auch von den dbb Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften positiv kommentiert. Viele teilten die Einschätzung von dbb-Verhandlungsführer Willi Russ, dass die Reallohnzuwächse und die soziale Komponente ein wichtiger Erfolg der Gewerkschaften seien.

Andreas Hemsing von der komba gewerkschaft, der auch im Vorstand des DBB NRW und stellvertretender Vorsitzender der dbb-Bundestarifkommission ist, sagte: „Was wir in den drei Runden erreicht haben, ist ein guter Abschluss! Danke an alle, die sich an den zahlreichen Aktionen in den Bundesländern beteiligt haben. Auf Grund dieser großen Teilnahme unserer Gewerkschaftsmitglieder konnten wir es durchsetzen, dass es diesmal eine echte soziale Komponente und eine im Branchenvergleich angemessene lineare Erhöhung gibt. Die Urlaubsregelung ist unter dem Aspekt der Arbeitsverdichtung und des Gesundheitsschutzes ebenfalls sehr positiv zu bewerten. Ein Wermutstropfen bleibt jedoch bezüglich des demografischen Wandels und der Jugend: Es wird auch diesmal keine unbefristeten Übernahmen der Auszubildenden geben."

Der dbb Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Knecht, begrüßte den Kompromiss als „schwierigen aber akzeptablen Spagat zwischen der Kassenlage der Beschäftigten und der Kassenlage der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen. Ich bedanke mich bei den streikbereiten Beschäftigten, aber auch bei den solidarischen Beamten, die zu diesem Tarifabschluss beigetragen haben. Der dadurch erhöhte Druck auf die Arbeitgeberseite hat dazu geführt, dass dieses Ergebnis überhaupt erst möglich wurde."
Knecht forderte, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Soldaten und die Beamten des Bundes zu übertragen: „Erst mit der Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten kommt diese Einkommensrunde zu einem gerechten Abschluss und hätte eine enorme Signalwirkung auf die nächste Einkommensrunde mit den Ländern."
Aus Sicht des dbb rheinland-pfalz konnte eine Einigung erreicht werden, die akzeptabel ist. Insgesamt kämen die Tarifbeschäftigten beim Bund und in den Kommunen auf einen ordentlichen Zuwachs, der gemessen an der Inflationsrate und angesichts der kommunalen Finanzlage einen tragbaren Kompromiss darstelle, sagte die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz. Klar sei für den dbb Landesbund, dass die Tarifeinigung den Druck auf den Besoldungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz massiv erhöhe, die „5 x 1%"-Deckelung von Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten von 2012 bis 2016 zurückzunehmen. Lenz: „Man sieht doch, was andere öffentliche Arbeitgeber als faire, angemessene Bezahlung einstufen. Da sind die Beamten und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz längst abgekoppelt. Das halten wir für rechtswidrig. Der Deckel muss weg."

Der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes, Gerhard Pöschmann, bewertete das erreichte Ergebnis als akzeptablen Kompromiss. Wichtig sei nun aber vor allem, das Ergebnis, wie von Bundesinnenminister de Maizière angekündet, auch zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten des Bundes zu übertragen. Dass die geforderte unbefristete Übernahme der Auszubildenden keine Aufnahme in das Verhandlungsergebnis fand, sei jedoch enttäuschend. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sei dies definitiv eine vertane Chance für die öffentliche Verwaltung.

Auch die Chefin des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, dankte den Beschäftigten, die bei den Protesten den für die Verhandlungen notwendigen Druck von der Basis her erzeugt hatten. Sie erklärte: „Bei dem vorliegenden Abschluss haben die Arbeitgeber Verantwortung gezeigt. Es ist ein guter Abschluss. Und das nicht zuletzt, weil eine soziale Komponente eingefügt wurde, die in den unteren Einkommensgruppen für besondere Zuwächse sorgt."

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen bewertete den Abschluss als „akzeptablen Kompromiss mit Augenmaß". Der tbb-

Vorsitzende Helmut Liebermann sagte: „Ich bedanke mich bei den streikbereiten Beschäftigten, aber auch bei den sich solidarisierenden Beamten, die zu diesem Tarifabschluss maßgeblich beigetragen haben. Ohne diesen Druck auf die Arbeitgeberseite wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen." Die Aussage des Bundesinnenministers, sich dafür einzusetzen, dass dieses Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Bundesbeamten übertragen werden soll, unterscheide die Bundespolitik deutlich von der des Freistaats Thüringen der letzten Jahre.

Der dbb hamburg war bei den Verhandlungen unter anderem durch den Landesbundvorsitzenden Rudolf Klüver vertreten. Nach seiner Auffassung ist ein „gutes Verhandlungsergebnis erzielt worden". Sein Dank gelte allen Mitgliedern, die durch ihre Streikbereitschaft den Grundstein für dieses Verhandlungsergebnis gelegt haben.

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, forderte, dass auch auf Landesebene die Einkommen verbessert werden müssten: „Nach dem Tarifabschluss für den Bundes- und Kommunalbereich muss auch bei den Beamtinnen und Beamten in Berlin in der Besoldung nachgebessert werden. Nachdem der Bundesinnenminister angekündigt hat, dass das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen werden soll, wird der Rückstand in Berlin zum Bundesdurchschnitt noch größer. Dies ist nicht hinzunehmen. Der dbb berlin erwartet daher die unverzügliche Verabschiedung eines Besoldungsanpassungsgesetzes, das seinen Namen auch verdient."

Für das Land Hessen sieht die Vorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, ebenfalls Handlungsbedarf: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Tarifbeschäftigten und die Beamtinnen und Beamten haben einen Anspruch auf Teilhabe an der Einkommensentwicklung. Nach diesem Abschluss wird sich die Hessische Landesregierung sehr wohl überlegen müssen, ob sie die in dem Koalitionsvertrag verkündete Nullrunde im Jahr 2015 und die Mikro-Anpassung von einem Prozent ab dem Jahr 2016 für die hessischen Beamtinnen und Beamten durchhalten will. Wir scheuen harte Auseinandersetzungen nicht."

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) fordert eine zeitnahe Umsetzung des Ergebnisses für die Forstbeamten. „Ich danke allen Forstleuten, die sich bei den zahlreichen Warnstreiks in den letzten Wochen beteiligt haben. Nur durch die gemeinsamen Aktionen konnte diese schnelle und gute Einigung der Verhandlungsführer in Potsdam gelingen", sagte der BDF-Bundesvorsitzende Hans Jacobs. Er machte jedoch deutlich, dass die Tarifeinigung erst abgeschlossen ist, wenn das Verhandlungsergebnis gleichlautend auf die Beamten und damit auch die Forstbeamten übertragen wird. Diese dürfen von der Lohnentwicklung nicht abgekoppelt werden.

Auch die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ lenkt nach dem Tarifabschluss das Augenmerk auf die Beamten. Die Einkommensrunde sei erst mit der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung auf die Besoldungs- und Versorgungsempfänger abgeschlossen. Genau wie die Arbeitnehmer hätten sie einen legitimen Anspruch auf Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das sei angemessen, gerecht und notwendig, so der BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes.

Der Vorsitzende des Vereins der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB), Matthias Stolp, gratulierte dem dbb zum Verhandlungserfolg: „Mit dem Tarifabschluss ist ein wichtiger Beitrag geleistet, den öffentlichen Dienst konkurrenzfähig zu halten. Aber insbesondere, was die soziale Komponente angeht, ist der gefundene Kompromiss ein echter Erfolg: Denn diese bedeutet für die unteren und mittleren Entgeltgruppen eine überdurchschnittliche Reallohnsteigerung und damit eine spürbare Anerkennung und Wertschätzung ihrer geleisteten Arbeit!"

Der Bundesvorsitzende der vereinigung der beschäftigten der berufs- und arbeitsmarktdienstleister (vbba), Waldemar Dombrowski, zeigte sich mit dem erzielten Kompromiss zufrieden: „Entscheidend war der Mix aus guten Argumenten, die wir in dieser Einkommensrunde vorgebracht haben und den beeindruckenden Arbeitskampfmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet. Jetzt gilt es die Regelungen auf die Bundesagentur für Arbeit (BA) zu übertragen. Unseren Streikkoordinatorinnen und Streikkoordinatoren sowie allen Kolleginnen und Kollegen, die auf der Straße unterwegs waren, sage ich ein großes Dankeschön. Unser solidarischer Einsatz hat sich gelohnt."
(06/13/14)

Mehr Urlaub für Beamtinnen und Beamte in Thüringen

(dbb) Für Thüringer Beamte ist rückwirkend zum 1. Januar 2013 die Staffelung des Urlaubsanspruchs nach dem Alter gänzlich aufgehoben worden. Künftig haben Beamte auf Lebenszeit einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen. Das teilte der tbb thüringer beamtenbund und tarifunion am 2. April 2014 mit und bezeichnete die Maßnahme als „längst überfällig und lang erwartet".

Beamte auf Widerruf erhalten nach der Neuregelung Anspruch auf 27 Tage Erholungsurlaub. Dies gilt nicht für Beamte auf Widerruf, die sich zum 1. Januar 2013 bereits in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befunden haben und zu diesem Zeitpunkt das 30. Lebensjahr bereits vollendet haben. Für diesen Personenkreis gilt weiterhin ein Erholungsurlaubsanspruch von 29 Tagen. Für Beamte auf Widerruf, die zum 1. Januar 2013 das 40. Lebensjahr vollendet hatten, gibt es Erholungsurlaub in Höhe von 30 Tagen.

Das Bundesarbeitsgericht hatte im März 2012 die altersabhängige Staffelung im öffentlichen Dienst für unwirksam erklärt. Nachdem bereits Ende 2012 das Thüringer Kabinett eine Übergangsvorschrift für die Jahre 2011 und 2012 in der Urlaubsverordnung geregelt hatte, ist nunmehr auch die Rechtslage für die darauf folgenden Jahre klar.
(07/13/14)

Sachsen-Anhalt: dbb rechnet mit Zunahme der Konkurrentenklagen

(dbb) Der dbb sachsen-anhalt rechnet in den kommenden Jahren mit einer weiteren Zunahme der Konkurrentenklagen. Das haben die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck und Ulrich Stock in einem Interview mit „mdr info" (25. März 2014) deutlich gemacht. Drei Gründe führten nach Auffassung von Ulrich Stock zu Konkurrentenklagen: „Als Folge des Personalabbaus machen viele Beamte die Arbeit von ehemals höher bezahlten Kollegen. Und das wollen sie auch entsprechend vergütet bekommen. Der Altersdurchschnitt der Beamten ist derzeit mit über 50 Jahren sehr hoch. Da ist die Sorge groß, nicht mehr befördert zu werden. Ob ein Beamter befördert wird oder nicht, richtet sich nämlich nicht allein nach seiner Leistung, sondern hängt auch davon ab, ob genügend Geld für Beförderungen im Haushalt zur Verfügung steht."

Wolfgang Ladebeck, der auch Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen-Anhalt ist, beschreibt die Situation bei der Polizei wie folgt: „Es gab Fälle, wo Kollegen bis zu 15 Jahren auf ihre Beförderung warten mussten. In Sachsen-Anhalt fand 2012 bei der Polizei eine größere Beförderungswelle statt. Von 1.700 beförderungsfähigen Beamten wurden circa 700 Beamte befördert. Damals gab es mit über 70 besonders viele Konkurrentenklagen. Im Vergleich zum Jahr 2003, als es nur neun Konkurrentenklagen im Zusammenhang mit Beförderungen gab, eine Steigerung um das Achtfache." Auch Ladebeck macht die „unberechenbare Beförderungspolitik des Landes" für diese Klagen verantwortlich.

Die beiden dbb Vize sind sich einig, dass sich die Schere zwischen Beamten, die auf eine Beförderung wartenn und denen, die in Zukunft befördert werden, immer weiter öffnen wird. „Die Konkurrentenklagen werden weiter zunehmen. Da die Beförderungsmittel nicht wirklich mehr geworden sind und den Beamten immer mehr in die Tasche gegriffen wird", sagte Stock.
(08/13/14)

Beratung über Fachkräftegewinnung: BBW trifft Präsidenten des Landkreistags

(dbb) Der Präsident des Landkreistags in Baden-Württemberg, Joachim Walter, ist besorgt über den Mangel an qualifiziertem Nachwuchs für den öffentlichen Dienst. Das hat er bei einem Treffen mit BBW Chef Volker Stich, der auch stellv. Vorsitzender ist, am 26. März 2014 zum Ausdruck gebracht. Sowohl Walter als auch Stich zeigten sich überzeugt,

dass sich die Chancen, mit der Privatwirtschaft um qualifiziertes Personal zu konkurrieren, durch die Absenkung der Eingangsbesoldung der Beamten weiter verschlechtert haben.

Bereits heute gebe es einen eklatanten Mangel an Fachkräften. Dies gelte nicht nur für die technische Verwaltung, sondern sei in allen Bereichen spürbar. Stich setzt darauf, dass zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes die entsprechenden Tarifabschlüsse zukünftig wieder auf die Kommunal- und Bundesbeamten übertragen werden. Dies sei auch im Sinne eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts, das einen Zusammenhang zwischen der Kopplung der Beamtenbesoldung an die Einkommensentwicklung im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes und dem Streikverbot für Beamte herstellt.

Neben den offenen Fragen bei der Besoldung wies Stich auch auf die organisatorischen Probleme in den Landratsämtern hin. Dort sei seit der Verwaltungsreform das berufliche Fortkommen schwierig geworden. Diesbezüglich erreichten den BBW immer wieder massive Klagen der Betroffenen, eine klare berufliche Perspektive für die Beschäftigten des gehobenen und höheren technischen Dienstes sei daher dringend geboten.
(09/13/14)

Tarifverhandlungen: Deutsche Telekom hat Warnschuss offenbar verstanden

(dbb) Am 26. März 2014 hat in Bonn die dritte Runde der Telekom-Tarifverhandlungen stattgefunden. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Horst Sayffaerth, zeigte sich im Anschluss zufrieden: „Die Verhandlungsrunde hat deutlich gezeigt, dass die Deutsche Telekom den Warnschuss durch die zahlreichen Warnstreiks in der vergangenen Woche verstanden hat und den Tarifkonflikt am Verhandlungstisch lösen will."

Die Gespräche seien „konstruktiv" verlaufen, von einem Ergebnis „sind wir allerdings noch weit entfernt". Voraussetzung für eine Einigung sei, dass die Deutsche Telekom ihr Angebot vor der nächsten Verhandlungsrunde am 10. April deutlich nachbessert.

In weiteren Sondierungen solle nun ein mögliches Ergebnis ausgelotet werden. Sollte der Arbeitgeber bei seinem Angebot mit einem Gesamtvolumen von drei Prozent bei einer 24-monatigen Laufzeit der neuen Tarifverträge bleiben, würden die Warnstreiks im Bereich der Deutschen Telekom jedoch wieder aufleben. „Der Arbeitgeber hat es nun in der Hand, diese Tarifrunde ohne weitere Streiks zu beenden. Diese Chance sollte er nutzen", sagte Sayffaerth.
(10/13/14)

Bundesfinanzministerium verspricht ausreichend Personal für Mindestlohnkontrollen

(dbb) In den nächsten Jahren soll so viel Personal für die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit" eingestellt werden, wie für die effektiven Kontrolle des Mindestlohns (soll ab 2015 gelten) notwendig sind. Das hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Deutschen Finanz- und Zollgewerkschaft BDZ, Dieter Dewes, am 25. März 2014 in Berlin versprochen.

Zudem sagte Schäuble erneut zu, die bestehenden Planstellenobergrenzen im gehobenen Zolldienst künftig auszuschöpfen. Der Finanzminister und Dewes erwarten außerdem, dass die geplanten Planstellenhebungen im mittleren und gehobenen Zolldienst bei den parlamentarischen Beratungen über den Bundeshaushalt gebilligt werden.
Um den Fehlbedarf von 440 Stellen in der Zollverwaltung zu decken, der durch die Übernahme der KfZ-Steuer entstanden ist, schlug der BDZ-Chef eine Übernahme des bisher be-

fristet eingestellten Personals der Agentur Vivento vor. Schäuble stellte eine baldige Prüfung des Vorschlags in Aussicht.
(11/13/14)

KEG zur Kinderbetreuung: Qualität statt Masse

(dbb) „Beim Kita-Ausbau muss weniger über die Quantität als vielmehr über die Qualität geredet und entschieden werden." Das fordert der Bundesbeauftragte der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG), Manfred Mahlstedt, in einem Gastkommentar für die „Augsburger Sonntagszeitung" (Ausgabe vom 30. März 2014).

„Vor allem aber muss man die Rahmenbedingungen verbessern." Dazu zähle insbesondere die Investition in qualifiziertes, hochwertiges Fachpersonal, um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden und „die Kindertageseinrichtungen zu echten Bildungsinstitutionen zu machen", so Mahlstedt.

Hinzu komme, dass mehr Kitas allein nicht ausreichen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. „Die Politik muss Familienpolitik als Querschnittpolitik begreifen. Flexible Arbeitszeitmodelle sind unverzichtbar", stellt der KEG-Bundesbeauftragte fest. Viele Konzerne hätten dies erkannt und reagiert.

Das Bundesfamilienministerium hatte mitgeteilt, dass in diesem Jahr bundesweit rund 813.000 Betreuungsplätze für ein- bis dreijährige Kinder zur Verfügung stehen.
(12/13/14)

Klimawandel: BDF fordert Schutz der Wälder

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat am 2. April 2014 Endscheidungen der Politik zum Schutz der Wälder gefordert. Der Umbau der Wälder mit klimastabilen Mischbaumarten sei ein Generationenprojekt und erfordere mehr Geld und mehr Personal, um schneller zum Ziel zu gelangen. „Der Wald bindet große Mengen Kohlendioxid. Mit dem Wald und der Verwendung von Holz können wir daher etwas gegen den Klimawandel tun", sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF anlässlich der Veröffentlichung eines Berichts des Weltklimarates über die Risiken und Folgen durch den Klimawandel.

„Der Wald ist in besonderem Maße bedroht, da dessen Anpassung an Umweltveränderungen Jahrhunderte benötigt. Diese Zeit haben wir jedoch nicht, bei der gegenwärtigen Rasanz der menschgemachten Klimaänderungen in wenigen Jahrzehnten", erläutert Jacobs. Die vom Bericht vorhergesagten Dürren, Verschiebungen von Niederschlägen in den Winter, Stürme sowie damit einhergehende Schadinsektenvermehrungen brächten nicht angepasste Wälder zum Absterben. Diese könnten entsprechend weniger CO_2 aufnehmen, was zu einem „Teufelskreis" führe, der die Klimaänderung noch verstärke.
(13/13/14)

Namen und Nachrichten

Der **dbb und die Fraport AG** haben sich auf ein System verständigt, nach dem für die Beschäftigten von Fraport, die in den Geltungsbereich des TVöD fallen, die Azubis sowie die APS-Beschäftigten für das Jahr 2013 die Ertragsbeteiligung berechnet und nachträglich ausbezahlt wird. Die genaue Regelung wird noch ausformuliert. Im Ergebnis werden die TVöD-Beschäftigten bei Fraport sowie die Azubis für 2013 nachträglich zu ihrem Cafeteria-Gutschein noch 100 Euro erhalten, die APS-Beschäftigten 248 Euro. Die Auszahlung des ausstehenden Betrags soll zeitnah erfolgen. Die Verhandlungen über das System der Umsetzung der Ertragsbeteiligung bei Fraport ab dem Jahr 2014 dauern noch an.

In einer schwierigen letzten Verhandlungsrunde hat sich der dbb mit der Arbeitgeberseite für die **Sicherheitskräfte an Flughäfen in**

Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf deutliche Entgeltsteigerungen geeinigt. Die Regelungen haben eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2015. Andreas Hemsing, Verhandlungsführer des dbb, erklärte: „Das Ergebnis ist ein großer Erfolg und auch bundesweit prozentual einer der höchsten Abschlüsse in diesem Bereich. Auch wenn wir, gerade beim Beginn der Laufzeit, Zugeständnisse machen mussten, können wir sehr zufrieden sein." Es wurde eine Erklärungsfrist bis zum 10. April 2014 vereinbart. Bis dahin wird der dbb die komba-Mitglieder vor Ort ausführlich informieren.

Dem **BSBD Bundesvorsitzende Anton Bachl** wurde am 25. März 2014 im Münchner Justizpalast das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Bachl hat die Auszeichnung vor allem für sein großes Engagement für das Wohl und die Belange der Bediensteten des Justizvollzugs erhalten.

Der **tbb beamtenbund und tarifunion thüringen** hat am 2. April 2014 einen Überblick zur Dienstrechtsreform 2014 erstellt. Der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung wurde als „Thüringer Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften" in den Landtag eingebracht und dort bereits in 1. Lesung behandelt. Der Überblick steht auf der tbb-Internetseite (http://thueringer-beamtenbund.de) zur Verfügung.

Die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** führt derzeit eine Reihe von Tarifverhandlungen. Der Start der Gespräche mit der metronom Eisenbahngesllschaft mbH am 28. März 2014, bei denen die GDL die Einführung der tarifvertraglichen Rahmenregelungen für Lokomotivführer (BuRa-LfTV) und Zugbegleiter (BuRa-ZubTV) fordert, lief nach Gewerkschaftsangaben „durchwachsen". Abgebrochen wurden die Gespräche hingegen mit der AKN Eisenbahn AG, wo die GDL ebenfalls den BuRa-LfTV sowie den Betreiberwechseltarifvertrag fordert. Die Weigerung des Arbeitgebers auch in der zweiten Tarifrunde am 27. März 2014 droht nun die Gespräche scheitern zu lassen. Am gleichen Tag scheiterten auch die Verhandlungen mit der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) über den BuRa-LfTV. Die GDL hat bereits zur Urabstimmung aufgerufen. Erfreulicher sind die Ergebnisse bei der Vogtlandbahn. Dort einigten sich GDL und Arbeitgeber am 27. März 2014 in Berlin auf einen Tarifvertrag.

Die **Lehrerverbände im Sächsischen Beamtenbund** haben beim 6. Schulpolitischen Forum Verbesserungen in Oberschulen angemahnt. Das Motto der Veranstaltung, die die Verbände gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag am 29. März 2014 in Dresden gestalteten, lautete „Leistungsgerechtigkeit ist Bildungsgerechtigkeit".

Die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ** ist klarer Sieger der Wahl der Haupt- Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) beim Bundesministerium der Finanzen am 25. März 2014. Mit 10 von 15 Sitzen verteidigte der BDZ die absolute Mehrheit. Auf allen Stufen erzielten die Kandidatinnen und Kandidaten des BDZ überdurchschnittliche Wahlergebnisse.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) sieht keine Anzeichen für die massenweise Verwendung des Wortes „Jude" als Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen. Anlässlich des Holocaust-Gedenktages hatte der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisiert, dass dies geschehe, ohne dass dies jemanden groß besorge. „Wenn es so wäre, wäre es inakzeptabel", sagte der **DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger** der „Neuen Osnabrücker Zeitung" (Ausgabe vom 28. Januar 2014). Er rief Lehrer- und Schülerschaft dazu auf, solche Äußerungen nicht durchgehen zu lassen.

Am 2. April 2014 kritisierte Meidinger in der Südwest Presse einen Pisa-Schulvergleichstest, bei dem Jugendliche Alltagsprobleme lösen mussten. Problemlösungskompetenz sei zwar wichtig. Ob allerdings die Tests der Pisa-Studie dazu im Kern etwas beitragen würden, sei fraglich. „Die Testsituationen hatten mit Wissen zu tun, das man sich im Alltag erwirbt und nicht in der Schule."

Der **stellvertretende Vorsitzende des dbb bremen Uwe Ahrens** hat sich am 27. März 2014 mit Vertretern des Bremer Landesverbandes vom CDU-Arbeitnehmerflügel (CDA) getroffen. Diskutiert wurden unter anderem über die Tarifeinheit, Versorgung und Rente sowie die Sozialsysteme.
(14/13/14)